

Antrag I001: Krieg gegen die Ukraine sofort beenden. Transformationskurs halten, wirtschaftliche und soziale Kriegsfolgen abfedern. Rahmenbedingungen für Frieden und Sicherheit in Europa neu bewerten.

Antragsteller*in:	DGB-Bundesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Empfehlung der ABK:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	I - Initiativanträge

1 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verurteilen den Angriffskrieg Russlands
2 gegen die Ukraine auf das Schärfste. Mit diesem Krieg bricht die russische Führung
3 das Völkerrecht und die europäische Friedensordnung, die auf der Respektierung und
4 der Unverletzlichkeit von nationalen Grenzen beruht. Der Angriff auf die Ukraine
5 widerspricht dem Recht auf Selbstbestimmung, verbunden mit schwerwiegendsten
6 Verstößen gegen universelle Menschenrechte. Mit dem Krieg hat die russische Führung
7 Tod, Leid und Zerstörung über die Zivilbevölkerung und die Arbeitnehmer*innen
8 gebracht. Frauen, Kinder und Ältere sind besonders betroffen.

9

10 Die russische Regierung muss den Krieg gegen die Ukraine sofort beenden!

11 Gemeinsam mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung erklären der DGB und seine
12 Mitgliedsgewerkschaften ihre Solidarität mit den Menschen in der Ukraine, die der
13 Brutalität des Krieges und exzessiver militärischer Gewalt ausgesetzt sind. Zugleich
14 gilt unsere Solidarität den Menschen in Russland und Belarus, die trotz
15 allgegenwärtiger Repressionen ihre Stimme gegen diesen Krieg erheben.

16 Je länger die Kampfhandlungen andauern, desto deutlicher zeigen sich der
17 systematische Zerstörungswille und die Unmenschlichkeit der russischen Kriegsführung.
18 Die Zahl der Todesopfer und Verletzten steigt täglich, zivile Ziele werden ohne jede
19 Rücksicht auf die Bevölkerung angegriffen. Was wir in der Ukraine erleben, ist eine
20 humanitäre Katastrophe: Hunderttausende Menschen sind eingekesselt, ohne medizinische
21 Versorgung, ohne Lebensmittel und ohne Chance, dem Inferno der Bombardements zu
22 entkommen. Gleichzeitig sind Millionen Menschen auf der Flucht und auf der Suche nach
23 sicherer Unterkunft.

24 Nicht nur in Butscha gibt es eine Vielzahl an Berichten über schwerwiegende
25 Kriegsverbrechen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, dass alle
26 Hinweise auf Vergewaltigungen, Folterungen, Erschießungen und andere Kriegsverbrechen
27 von einer unabhängigen Kommission untersucht und aufgeklärt werden. Die Schuldigen
28 müssen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zur Verantwortung gezogen
29 werden. Dafür werden wir uns mit aller Kraft einsetzen.

30 Nach wie vor steht zudem die Drohung des russischen Präsidenten und führender
31 Repräsentanten des Regimes im Raum, die militärische Gewalt weiter zu eskalieren.
32 Angesichts dieser immer stärker auf Vernichtung ausgerichteten Kriegslogik wird
33 selbst der Einsatz atomarer, biologischer oder chemischer Waffen durch die russische
34 Führung nicht ausgeschlossen.

35 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern

- 36 • die russische Regierung auf, alle Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen,
37 ihre Truppen zurückzuziehen und die territoriale Integrität und Souveränität der
38 Ukraine wiederherzustellen.
- 39 • die internationale Staatengemeinschaft auf, die Unterstützung der Ukraine
40 fortzusetzen und geschlossen weiter auszubauen, gleichzeitig aber nicht darin
41 nachzulassen, auch nach diplomatischen Lösungen zu suchen, um einen sofortigen
42 Waffenstillstand und ein Ende des Krieges zu ermöglichen.
- 43 • die deutsche Bundesregierung auf, in und mit der Europäischen Union sowie mit
44 ihren Partner*innen in der transatlantischen Allianz auf eine schnellstmögliche
45 Beendigung des Krieges gegen die Ukraine hinzuarbeiten. Bis dieses Ziel erreicht
46 ist, stehen Deutschland, die EU und die NATO-Verbündeten in der Verantwortung,
47 umfassende Hilfe für die Ukraine zu leisten und dabei auch zu ihrer Fähigkeit
48 beizutragen, ihr Recht auf Selbstverteidigung wirksam wahrzunehmen. Gleichzeitig
49 kommt ihnen eine Schlüsselrolle dabei zu, längerfristige Grundlagen für eine
50 neue gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung zu legen und ein
51 Wiederaufbauprogramm für die Ukraine vorzubereiten.

52

53 **Umfassende humanitäre Hilfe und Schutz für Geflüchtete aus der Ukraine gewährleisten**

54 Inzwischen befindet sich mehr als ein Viertel der ukrainischen Bevölkerung auf der
55 Flucht. Viele von ihnen sind Binnenflüchtlinge. Millionen Menschen haben das Land
56 verlassen und größtenteils Schutz in den Nachbarstaaten der Ukraine gesucht – in
57 Polen, der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Moldawien. Hunderttausende von Menschen
58 sind inzwischen in Deutschland angekommen und haben bei uns Aufnahme gefunden, ganz
59 überwiegend Frauen, Kinder sowie ältere Menschen. Die Aufnahme, Versorgung und
60 Unterbringung der Geflüchteten werden europaweit getragen von einer Welle der
61 Solidarität – auch im DGB und den Gewerkschaften.

62 Wir stellen Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete in unseren Bildungsstätten
63 bereit und unterstützen sie materiell, vor allem durch eine breit angelegte
64 Spendenaktion des Vereins „Gewerkschaften helfen e.V.“. Und nicht zuletzt
65 unterstützen wir auch im Rahmen sozialpartnerschaftlicher Initiativen bei der
66 Arbeitsplatzvermittlung in Deutschland. Wir stehen in engem Austausch mit der
67 internationalen Gewerkschaftsbewegung, um unseren ukrainischen
68 Schwestergewerkschaften zu helfen. Auch vor Ort und in den Betrieben und
69 Dienststellen organisieren Gewerkschafter*innen konkrete Hilfe und praktische
70 Solidarität.

71 Wir begrüßen ausdrücklich das klare und unbürokratische Handeln der Europäischen
72 Union, das rasche Hilfe für Schutzsuchende aus der Ukraine ermöglicht hat. Mit der
73 erstmaligen Aktivierung der sogenannten „Massenzustromrichtlinie“ haben die EU-
74 Innenminister*innen die Voraussetzungen geschaffen, damit Geflüchtete aus der Ukraine
75 einen humanitären Aufenthaltstitel erhalten, ohne zuvor ein Asylverfahren durchlaufen
76 zu müssen. Dadurch ist gewährleistet, dass sie in allen Mitgliedstaaten grundsätzlich
77 Zugang zu Arbeit, Bildung sowie Sozialleistungen und medizinischer Versorgung haben.

78 Die geflüchteten Menschen wollen, dass der Krieg beendet wird und dass sie in ihre
79 Heimat zurückkehren können. Wann das tatsächlich möglich sein wird, ist heute noch
80 nicht absehbar.

81 Deshalb fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften,

- 82 • die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf, die Grenzen weiterhin
83 unterschiedslos für alle Geflüchteten aus der Ukraine offen zu halten. Zudem
84 sollten Geflüchteten stabile, sichere Aufenthalts- und Teilhabeperspektiven
85 eröffnet werden. Derzeit ist in der EU-Richtlinie eine Befristung des
86 Aufenthaltsstatus auf maximal drei Jahre vorgesehen. Noch kürzer fällt diese
87 Frist im Falle des deutschen Aufenthaltsgesetzes aus. Dort endet sie bereits
88 Anfang März 2024. Diese Regelungen sollten entfristet werden – ergänzt um
89 konkrete Möglichkeiten, auf Dauer in den EU-Ländern eine neue Heimat mit
90 beruflichen Perspektiven finden zu können.
- 91 • die Europäische Union und die deutsche Bundesregierung auf, umfassende
92 humanitäre Hilfe für Geflüchtete im Kriegsgebiet, in den Nachbarländern der
93 Ukraine und in den EU-Mitgliedstaaten zu leisten. Dabei sollte die besondere
94 Situation von Frauen und Kindern berücksichtigt werden, die einen Großteil der
95 Geflüchteten ausmachen.
- 96 • die Bundesregierung auf, die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für
97 eine schnelle Integration der Geflüchteten aus der Ukraine in den Arbeitsmarkt
98 zu schaffen. Aufgrund ihres Qualifikationsniveaus und bei wachsendem
99 Fachkräftebedarf hierzulande gibt es für sie grundsätzlich gute
100 Beschäftigungsperspektiven. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen aus der
101 Ukraine, die bei uns Schutz suchen, unterschiedslos faire und sozial
102 abgesicherte Beschäftigungsperspektiven bekommen. Mit ausreichenden
103 Informationen und Beratung muss dubiosen Anwerbepraktiken und ausbeuterischen
104 Beschäftigungsverhältnissen entgegengewirkt werden. Der Zugang zu Sprach- und
105 Integrationskursen, zu Bildungs- und Weiterbildungsangeboten muss ebenso
106 gewährleistet werden wie eine zügige und unkomplizierte Anerkennung beruflicher
107 Abschlüsse und Qualifikationen. Auch der Hochschulzugang muss Geflüchteten
108 unbürokratisch offen stehen.
- 109 • Bund und Länder auf, die Voraussetzungen zu schaffen, dass geflüchteten Kindern
110 und Jugendlichen schnellstmöglich die Aufnahme in Kitas und Schulen ermöglicht
111 wird. Darüber hinaus benötigen sie angesichts der schweren Traumata, die durch

112 Krieg und Flucht ausgelöst wurden, besondere Unterstützung. Um dies zu
113 gewährleisten, sind nicht zuletzt geeignete Therapieangebote und ein
114 zusätzlicher Ausbau der Sozialarbeit im Bildungssystem erforderlich. Kitas,
115 Schulen und Bildungsträger benötigen dringend mehr finanzielle Mittel für
116 Fachkräfte und Ausstattung, um ein gutes Bildungs- und Betreuungsangebot zu
117 ermöglichen. Durch die Aufnahme geflüchteter Kinder und Jugendlicher aus der
118 Ukraine gewinnt die Forderung nach zusätzlichen Finanzmitteln nochmals an
119 Dringlichkeit.

120 • Bund und Länder auf, für weitere finanzielle Entlastung der Kommunen zu sorgen.
121 Sie tragen die Hauptlast bei der Unterstützung und Integration der Geflüchteten
122 – ob bei der Bereitstellung von Wohnraum für Geflüchtete und ihrer
123 Unterbringung, ihrer Versorgung oder ihrer Beratung. Die Beschäftigten in
124 Ausländer-, Bürger- und Sozialämtern, Kitas, Jugendämtern oder anderen
125 Sozialeinrichtungen arbeiten vielerorts – auch aufgrund einer unzureichenden
126 personellen Ausstattung – längst an oder über der Belastungsgrenze. Um hier
127 Abhilfe zu schaffen, ist die Anfang April zwischen Bund und Ländern erzielte
128 Einigung zur Kostenübernahme für die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine
129 ein erster wichtiger Entlastungsschritt. Von zentraler Bedeutung ist, dass die
130 Bundesregierung ihre zugesagte Kostenbeteiligung für 2022 – wie angekündigt –
131 darüber hinaus verstetigt und nötigenfalls bereit ist, ihre finanzielle
132 Unterstützung für Länder, Kommunen und Hilfsorganisationen weiter aufzustocken.

133

134 **Transformationskurs halten, wirtschaftliche und soziale Kriegsfolgen abfedern**

135 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften befürworten die scharfen wirtschaftlichen
136 Sanktionen gegen das russische Regime. Die Folgewirkungen des Krieges und dieser
137 Sanktionen treffen aber auch die Menschen und die Wirtschaft in Deutschland. Das gilt
138 insbesondere für die drastischen Preissteigerungen, wesentlich ausgelöst durch höhere
139 Energiekosten. Als besonders problematisch erweist sich gleichzeitig die hohe
140 Abhängigkeit der Energieversorgung von russischen Erdgas-, Erdöl- und
141 Steinkohleimporten. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen deshalb
142 das Ziel der Bundesregierung, alle Optionen für eine verlässliche Energieversorgung
143 zu prüfen, um diese Abhängigkeit möglichst rasch deutlich zu reduzieren, bis hin zu
144 ihrer vollständigen Überwindung.

145 Die sozial-ökologische und digitale Transformation wird in den nächsten Jahren
146 weitreichende Umbrüche in Ökonomie und Gesellschaft erfordern. Durch den Ukraine-
147 Krieg und seine Folgen werden der notwendige Umbau unserer Wirtschaft und
148 insbesondere der planvolle Umstieg auf eine klimaneutrale Energieversorgung jedoch
149 massiv herausfordernder und zugleich dringlicher. Die Anstrengungen, Deutschland und
150 Europa unabhängiger von russischen Energieimporten zu machen, dürfen nicht zu
151 schweren wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen führen. Nur dann wird es
152 gelingen, die Transformation so zu gestalten, dass sie sozialen Fortschritt für alle

153 und für heutige wie künftige Generationen mit sich bringt. Der DGB und seine
154 Mitgliedsgewerkschaften erwarten deshalb, dass sich alle energiepolitischen
155 Entscheidungen an diesen Realitäten orientieren und dass sie auf der Grundlage
156 sorgfältiger (und schwieriger) Abwägungsprozesse getroffen werden, die den jeweiligen
157 wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Folgen gleichermaßen Rechnung tragen und
158 mit ihnen verantwortlich umgehen.

159 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen zwar die von der Bundesregierung
160 beschlossenen Energie-Entlastungspakete. Die bisherigen Pläne der Ampel-Koalition
161 gehen in die richtige Richtung – sie reichen aber nicht aus, um die Belastungen vor
162 allem für Menschen mit geringeren und mittleren Einkommen spürbar zu verringern. Auch
163 für Rentner*innen fällt die Entlastungswirkung der bislang vorliegenden Pakete viel
164 zu gering aus. Hier muss dringend nachgebessert werden. Darüber hinaus müssen die
165 Energiekosten aber auch für Unternehmen, insbesondere der energieintensiven
166 Industrien, bewältigbar bleiben. Gerade deshalb gilt es, einen ersatzlosen
167 Lieferstopp für russische Gasimporte abzuwenden.

168 Unser Land muss sich nicht nur in der Energieversorgung auf eine veränderte
169 wirtschaftliche Zukunft einstellen. Der Ukraine-Krieg und seine Folgen lasten schwer
170 auf unserer gesamten Wirtschaft und bestehenden Logistik- und Wertschöpfungsketten.

171 Deshalb fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Bundesregierung auf,
172 ihr Handeln an folgenden Punkten auszurichten:

- 173 • an weiteren kurzfristig wirksamen Entlastungsschritten bei den Energiepreisen
174 durch Absenkung der Stromsteuer auf das europarechtlich vorgegebene Minimum;
175 durch eine befristete Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas – mit
176 verbindlicher Weiterleitung an die Verbraucher*innen; durch eine Deckelung des
177 Endverbraucherpreises von Gas für den durchschnittlichen Normalverbrauch eines
178 Haushalts; durch eine Erhöhung der Leistungen für Strom und Heizung in der
179 sozialen Grundsicherung, ergänzende Leistungen für Rentner*innen und
180 Studierende sowie eine weitere Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrags.
181 Zusätzlich ist eine Deckelung der Energiepreise auf international
182 wettbewerbsfähigem Niveau vordringlich. Insbesondere energieintensive
183 Unternehmen sind auf wettbewerbsfähige Gas- und Industriestrompreise angewiesen,
184 um Standorte und Beschäftigung sichern und klimaneutrale Technologien, Verfahren
185 und Produkte in Deutschland entwickeln zu können.
- 186 • an einer gerechten Lastenverteilung, etwa durch die Unterbindung spekulativer
187 Extra-Profite zulasten der Verbraucher*innen und die Einführung eines
188 Mobilitätsgeldes, das unabhängig vom Einkommen und vom gewählten Verkehrsmittel
189 bezahlt wird. Beim CO₂-Preis muss für eine faire Kostenverteilung zwischen
190 Mietern und Vermietern beim CO₂-Preis gesorgt werden, verbunden mit einer
191 entsprechenden Lenkungswirkung für die Steigerung der Gebäudeeffizienz. Das
192 kürzlich vorgelegte Stufenmodell der Bundesregierung, das zum Jahresanfang 2023
193 in Kraft treten soll, weist hier in die richtige Richtung. Sollte die

- 194 Bundesregierung eine pauschale Klimaprämie als Kompensation erwägen, so sollte
195 diese zumindest als zu versteuerndes Einkommen gelten, um die Verteilungswirkung
196 deutlich zu verbessern.
- 197 • an der Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung durch eine forcierte
198 Diversifizierung des Imports von Erdgas, Erdöl und Steinkohle, einschließlich
199 des Aufbaus von Flüssiggasterminals, und durch die Substitution dieser fossilen
200 Energieträger; durch eine Ausweitung der strategischen Reserven an
201 Energierohstoffen und durch ein neues Strommarktdesign, das an die Stelle des
202 liberalisierten „energy only market“ tritt. Zusätzlich braucht Deutschland neue
203 Energiepartnerschaften mit Ländern, die perspektivisch klimaneutrale
204 Energieträger, wie Wasserstoff oder synthetische Gase liefern können. Überdies
205 ist die Bundesregierung aufgefordert, den beschleunigten Ausstieg aus der
206 Kohleverstromung auch unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit zu
207 gewichten, einschließlich der Möglichkeiten, Kraftwerke in
208 Sicherheitsbereitschaft zu halten.
- 209 • an dem beschleunigten Ausbau von erneuerbaren Energien; dem schnelleren Hochlauf
210 der Wasserstoffwirtschaft, einschließlich des Aufbaus einer klimaneutralen
211 Wasserstoffproduktion und des Baus hocheffizienter wasserstofffähiger
212 Gaskraftwerke; dem vorgezogenen Ausbau und Anschluss an Fern- und
213 Nachwärmesysteme in urbanen Räumen; einem umfassenden Maßnahmenpaket zur
214 Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz sowie massiven Investitionen in
215 klimafreundliche Mobilitäts- und Transportalternativen, etwa in den ÖPNV, in den
216 Schienenverkehr und in Ladeinfrastruktur für batterieelektrische sowie in
217 Zukunft für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge.
- 218 • an einer stärkeren Zusammenarbeit auf EU-Ebene und der Entwicklung einer
219 europäischen Energiestrategie für die Erzeugung Erneuerbarer Energien, für
220 leistungsfähige europäische Leitungsnetze, für den Bezug fossiler Energien und
221 für die Speicherung von Energieträgern.
- 222 • an dem Aufspannen des geplanten Schutzschirms für von den Kriegsfolgen
223 betroffene Unternehmen. Kredit- und Bürgschaftsprogramme, Eigen- und
224 Hybridkapitalhilfen und befristete Zuschüsse müssen zielgerichtet besonders
225 betroffene Unternehmen und Handwerksbetriebe adressieren. Dabei müssen vor allem
226 kleinere und mittlere Unternehmen und Betriebe an verzweigten Stellen der
227 Wertschöpfungsketten berücksichtigt werden. Auch Staatsbeteiligungen sollten
228 kein Tabu sein. Der in der Corona-Krise eingerichtete
229 Wirtschaftsstabilisierungsfonds ist entsprechend weiterzuentwickeln. Auch mit
230 dem verbesserten Kurzarbeitergeld steht ein wichtiges Kriseninstrument zur
231 Verfügung.
- 232 Die Herausforderungen und Aufgaben werden nicht alleine über bestehende
233 Steuereinnahmen und Kreditaufnahmen zu schultern sein. Eine Steuerreform, die hohe
234 Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker in die Pflicht nimmt, ist überfällig.

235 Auch ist für besonders Vermögende eine Lastenausgleichsabgabe in den Blick zu nehmen.
236 Überdies erwarten der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften angesichts des enormen
237 Investitionsbedarfs für die Transformation und der immensen Folgekosten des Ukraine-
238 Krieges, dass die bestehende Ausnahmeregelung zur Schuldenbremse nicht 2023 ausläuft,
239 sondern entfristet wird. Zusätzlich müssen auf europäischer Ebene die Möglichkeiten
240 einer Kreditfinanzierung staatlicher Aufgaben erweitert werden.

241

242 **Die Rahmenbedingungen für Frieden und Sicherheit in Europa neu bewerten**

243 Mit dem Angriff auf die Ukraine demontiert die russische Führung gezielt die
244 europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Nach über zwanzig Jahren herrscht
245 wieder Krieg in Europa. Dieser Rückfall in eine Politik der militärischen
246 Konfrontation zwingt uns zu der Auseinandersetzung mit der Frage, welche Architektur
247 wir künftig für eine dauerhaft stabile europäische und internationale Sicherheits-
248 und Friedensordnung brauchen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften werden sich
249 auch im Rahmen ihrer internationalen und europäischen Organisationen aktiv in die
250 Debatte zu dieser Frage einbringen.

251 Der Ukraine-Krieg führt uns vor Augen, dass wir dabei nicht einfach an sicher
252 geglaubten Gewissheiten festhalten können. Selbstkritisch müssen wir feststellen,
253 dass wir uns mit einem zunehmend diktatorisch agierenden russischen Regime und seinen
254 Großmachtansprüchen auseinandersetzen müssen. Wir sollten aber auch das
255 sicherheitspolitische Verständnis der westlichen Staatengemeinschaft gründlich
256 reflektieren.

257 Die geopolitischen Machtkonstellationen verschieben sich bereits seit einigen Jahren
258 grundlegend. Wir müssen dabei auch erleben, wie fragil globale Lieferketten sein
259 können und wie dringend wir in Europa auf widerstandsfähige Infrastrukturen und
260 Wertschöpfungsketten angewiesen sind, um insbesondere bei kritischen Gütern und
261 Schlüsseltechnologien unabhängiger zu werden. Auch um langfristig eine sichere
262 Energieversorgung zu gewährleisten, brauchen wir eine stärkere Zusammenarbeit in
263 Europa.

264 Die negativen Auswirkungen einseitiger Abhängigkeiten in sicherheits-, handels- und
265 energiepolitischen Fragen sollten spätestens durch die Corona-Krise und den Ukraine-
266 Krieg offenkundig geworden sein. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften treten
267 daher für eine strategisch souveräne Europäische Union ein, die sich politisch und
268 wirtschaftlich als eigenständiger Akteur in einer grundlegend veränderten Welt
269 behaupten kann. Dafür müssen im Rahmen der Europäischen Union bestehende Instrumente
270 wie die ständige strukturierte Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten genutzt,
271 Mehrheitsentscheide im Ministerrat ausgeweitet und weitere Instrumente der vertieften
272 Zusammenarbeit geprüft werden.

273 Wir setzen uns für eine Europäische Union ein, deren Politik als Wertegemeinschaft
274 nach innen und außen auf der Überzeugung gründet, dass Demokratie,
275 Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Völkerrecht nicht zur Disposition

276 gestellt werden dürfen. Die gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur muss von
277 diesem Wertefundament getragen werden. Deutschland ist gefordert, als wesentlicher
278 Akteur an ihr mitzuarbeiten. Auch wir Gewerkschaften leisten durch unsere
279 transnationale Arbeit einen wichtigen Beitrag dazu.

280 Daraus folgt auch die Notwendigkeit einer wesentlich engeren Abstimmung friedens-,
281 sicherheits- und verteidigungspolitischer Anstrengungen auf europäischer Ebene. Wie
282 diese aussehen müssen, lässt sich derzeit nicht abschließend beantworten. Der Aufbau
283 einer stabilen Architektur für Frieden und Sicherheit sollte vielmehr Gegenstand
284 einer breiten öffentlichen Diskussion sein, an der sich auch die Gewerkschaften
285 maßgeblich beteiligen. Dabei sollten neben der Rolle der Europäischen Union, der
286 transatlantischen Allianz und der Vereinten Nationen ebenso Formate und Institutionen
287 wie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in den Blick
288 genommen werden. Auch unter Verweis auf das sicherheitspolitische Weißbuch der
289 Bundesregierung und den „Strategischen Kompass für Sicherheit und Verteidigung“ der
290 EU sprechen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für einen erweiterten
291 Sicherheitsbegriff aus, der nicht ausschließlich auf militärische Bedrohungsszenarien
292 abstellt, sondern weit darüber hinaus geht, indem er auch Gefährdungen der
293 Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien, der
294 Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung sowie die Auswirkungen des
295 Klimawandels und globaler Pandemien berücksichtigt.

296 Wir werden uns in der friedens- und sicherheitspolitischen Debatte auch schwierigen
297 und kontroversen Fragen stellen müssen, etwa nach den Grenzen und Kriterien für
298 Waffenlieferungen, unseren Anforderungen an einen gesetzlichen Rahmen für die
299 Rüstungsexportkontrolle oder nach unserer Haltung zu zivil-militärischen und
300 friedenssichernden Missionen.

301 In Deutschland hat der Ukraine-Krieg eine Debatte über die zukünftige Ausrichtung und
302 Ausrüstung der Bundeswehr ausgelöst. Ohne Frage steht die deutsche Bundesregierung in
303 der Verantwortung, einen substantiellen Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit im Rahmen
304 der NATO und der EU zu leisten. Wir treten für eine Bundeswehr ein, die ihrem
305 grundgesetzlichen Auftrag als Verteidigungsarmee gerecht werden kann.

306 Allerdings fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Bundesregierung
307 zugleich auf,

- 308 • nicht an der von ihr angekündigten Absicht festzuhalten, den deutschen
309 Rüstungshaushalt dauerhaft auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO oder darüber
310 hinaus aufzustoßen. Diese Festlegung sowie eine Verankerung des Zwei-Prozent-
311 Ziels im Grundgesetz lehnt der DGB ab. So notwendig kurzfristige Maßnahmen sind,
312 um die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr wiederherzustellen, so erforderlich ist
313 eine substantielle politische und gesellschaftliche Debatte, wenn es um
314 Entscheidungen über die langfristige Ausrichtung der deutschen, europäischen und
315 transatlantischen Sicherheitspolitik und die dafür zu schaffenden
316 Voraussetzungen geht. Überdies wird die Frage, wie viele Mittel in welche

317 Instrumente zur Friedenssicherung und zur Verteidigung unserer Demokratie
318 fließen müssen, immer wieder neu zu bewerten sein. Davon abgesehen erwarten wir,
319 dass die Finanzierung der militärischen Friedenssicherung weder zulasten der
320 dringend erforderlichen Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische
321 Transformation noch zulasten der Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaats geht.

- 322 • den Einsatz zusätzlicher Mittel für die notwendige Ausstattung der Bundeswehr so
323 zu gestalten, dass das Ziel einer Stärkung der Landes- und Bündnisverteidigung
324 in einem umfassenden Sinne erreicht wird, einschließlich zivilmilitärischer
325 Instrumente der Konfliktprävention, etwa der Cyberabwehr. Trotz aller gebotenen
326 Dringlichkeit gilt es, über die Beschaffung von Rüstungsgütern entlang konkreter
327 Defizite und Bedarfe für eine verbesserte Verteidigungsfähigkeit zu entscheiden.
328 Zudem ist die Behebung der Ausrüstungsdefizite der Bundeswehr keineswegs
329 ausschließlich eine Frage des Geldes. So würde schon die Beseitigung der
330 gravierenden Mängel im Beschaffungswesen wesentliche Verbesserungen bringen.
331 Eine Orientierung an abstrakten Summen, wie bei dem geplanten Sondervermögen für
332 die Bundeswehr in Höhe von 100 Mrd. Euro, ist daher nicht sinnvoll und wird vom
333 DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften kritisch beurteilt. Darüber hinaus müssen
334 die bereits erhöhten Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und für die
335 Konfliktprävention künftig mindestens der Dynamik der Ausgaben für Verteidigung
336 folgen, um eine Unwucht in den politischen Zielen und Instrumenten
337 auszuschließen.
- 338 • zu dem Ziel einer allgemeinen und weltweit kontrollierten Abrüstung
339 zurückzukehren. Es muss alles getan werden, um die neue Politik militärischer
340 Konfrontation zurück zu drängen und einen neuen weltweiten Rüstungswettlauf zu
341 verhindern.

342 Wir treten für eine weltweite Ächtung von Atomwaffen ein. Wir lehnen die nukleare
343 Teilhabe Deutschlands ab. Wir treten dafür ein, dass die Lagerung von Atomwaffen in
344 Deutschland endlich beendet wird.

345 Frieden gibt es nur durch Völkerverständigung und gemeinsame Sicherheit. Es geht um
346 unser aller Zukunft. Nur wenn es uns gelingt, zumindest den Frieden in Europa
347 wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern, werden wir die gewaltige Herausforderung
348 bewältigen, vor der wir stehen – den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen
349 durch die erfolgreiche Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation.

350 Gleichzeitig gilt: Wir müssen diese Herausforderung gemeinsam bewältigen, wenn wir
351 auch künftigen Generationen ein Leben in Frieden und Sicherheit ermöglichen wollen.